

AUSGABE AUGUST 2023

DAS MITGLIEDERMAGAZIN
DER FREIEN DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG

SÜDWEST-MERKUR 4.0



MICHAEL THEURER

DAS DEUTSCHLANDTICKET

IST DA!

MICHAEL THEURER MdB

WARUM DAS
DEUTSCHLANDTICKET
LIBERAL IST.

ARTIKEL | SEITE 4

124. LANDESPARTEITAG

EINE ÜBERSICHT ÜBER WAHL-
ERGEBNISSE UND BESCHLOSSENE
ANTRÄGE.

RÜCKBLICK | SEITE 10

PASCAL KOBER MdB

DAS BÜRGERGELD -
SOZIALREFORM MIT
LIBERALEN SCHWERPUNKTEN.

ARTIKEL | SEITE 6

DR. KARIN BROZAT

EIN ÜBERBLICK ÜBER
DIE BILDUNGSPOLITIK DER
LETZTEN JAHRE.

INTERVIEW | SEITE 14

DIETER KLEINMANN

DIE POLITIK BRAUCHT KREATIVE
KÖPFE UND DISKUSSIONSFREUDIGE
MENSCHEN.

INTERVIEW | SEITE 9

DIE LANDTAGSFRAKTION

AKTUELLES AUS DER
BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN
LANDESPOLITIK.

ÜBERSICHT | SEITE 18

Freie
Demokraten

Landesverband
Baden-Württemberg **FDP**



SÜDWEST-MERKUR 4.0

INHALTSVERZEICHNIS

JUDITH SKUDELNY SEITE 3

VORWORT

MICHAEL THEURER SEITE 4 & 5

DAS DEUTSCHLAND-TICKET

PASCAL KOBER SEITE 6 - 8

GÄSTBEITRAG BÜRGERGELD

INTERVIEW SEITE 9

DIETER KLEINMANN

RÜCKBLICK SEITE 10

124. LPT

ÜBERSICHT SEITE 11

LANDESVORSTAND

RÜCKBLICK SEITE 12 & 13

DREIKÖNIG

INTERVIEW SEITE 14 - 17

DR. KARIN BROSZAT

DIE LANDTAGSFRAKTION SEITE 18

VORWORT

DIE LANDTAGSFRAKTION SEITE 19

INITIATIVE WAHLKREIS- VERKLEINERUNG

DIE LANDTAGSFRAKTION SEITE 20

BILDUNGSQUALITÄT AM ABGRUND

DIE LANDTAGSFRAKTION SEITE 21

DIGITALISIERUNG

DIE LANDTAGSFRAKTION SEITE 22

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ZUR POLIZEIAFFÄRE

DIE LANDTAGSFRAKTION SEITE 23

ENERGIE- & KLIMAPOLITIK IN ZEITEN GLOBALER UNSICHERHEIT

Der aktuelle Geschäftsbericht für den Zeitraum Juni 2021 bis Juni 2023 ist auf der Website der FDP BW verfügbar.



VORWORT

JUDITH SKUDELNY MdB, GENERALSEKRETÄRIN



LIEBE PARTEIFREUNDINNEN UND PARTEIFREUNDE

wir Freie Demokraten blicken in diesen Tagen auf über eineinhalb Jahre gemeinsamer Regierungszeit mit SPD und Grünen zurück. In der Ampelkoalition ist es uns in dieser Zeit als Stimme der Mitte und der Vernunft gelungen, mit unserer liberalen Handschrift deutlich im Regierungshandeln erkennbar zu sein.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass ab 2035 auch Neuwagen mit Verbrennungsmotor noch zugelassen werden dürfen, wenn sie mit klimaneutralen E-Fuels betrieben werden. Mit dem Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und der Beschleunigung verwaltungsrechtlicher Verfahren haben wir große Erfolge für mehr Tempo bei Infrastrukturprojekten erzielt. Das Deutschlandticket ist die größte ÖPNV-Reform aller Zeiten in Deutschland. Mit einem 100 Milliarden Euro starken Sondervermögen haben wir die jahrelange finanzielle Vernachlässigung der Bundeswehr beendet. Bundesfinanzminister Christian Lindner ist mit seinem Haushalt für das Jahr 2023 zur im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zurückgekehrt. Damit lösen wir eines unserer zentralen Wahlversprechen ein. Die Abschaffung der EEG-Umlage sowie die Gas- und Strompreisbremse entlasten die Menschen spürbar. Durch den Ausgleich der kalten Progression stellen wir sicher, dass Lohnsteigerungen tatsächlich bei den Erwerbstätigen ankommen, der Grundfreibetrag ist deutlich gestiegen, der Spitzensteuersatz greift nun deutlich später.

Wir haben den Einstieg in die Aktienrente vollzogen und machen damit unser Rentensystem enkelfest. Durch unser flexibleres und moderneres BAföG haben viele Studentinnen und Studenten seit dem Wintersemester spürbar mehr Geld in der Tasche. Und mit dem gerade beschlossenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz erleichtern wir qualifizierten Fachkräften, nach Deutschland zu kommen, um hier zu arbeiten.

Auch wenn unsere Koalitionspartner uns immer wieder vor die ein oder andere Herausforderung stellen, steht für mich deshalb fest: Die Ampel ist besser als ihr Ruf! Leider wird das in der Öffentlichkeit jedoch oftmals anders dargestellt. Umso wichtiger ist es deshalb, dass Sie als unsere Mitglieder die Erfolge der FDP und der Ampel weitertragen. Verbreiten Sie die Positionen der FDP in Ihrem Umfeld!

Leider waren die ersten eineinhalb Jahre der Ampelkoalition aber auch von großen Krisen geprägt, welche die Rahmenbedingungen für politisches Handeln dramatisch verändern. Neben den wirtschaftlichen Nachwirkungen der Corona-Krise und hohen Inflationsraten war dies vor allem die durch den brutalen Überfall Russlands auf die Ukraine ausgelöste Zeitenwende.

Die Bewältigung dieser Krisen ist auch zum Alltag europäischer Politik geworden. Um die immensen Herausforderungen zu bewältigen, braucht es ein Europa, das sich auf seine Stärken besinnt und auf die Lösung der drängenden Probleme konzentriert. Eine EU, in der der Krisenfall zum Normalfall geworden ist, muss zügig weiterentwickelt und auch modernisiert werden. Im Leitantrag, den wir auf unserem Landesparteitag am 8. Juli in Heidenheim beschlossen haben, setzen wir uns deshalb für gezielte Reformen ein, damit die EU auch weiterhin Garant einer friedlichen, stabilen und erfolgreichen Zukunft ist. Einen detaillierteren Bericht zu unserem Parteitag finden Sie auf Seite 10.

Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam für unsere liberalen Ziele und Inhalte werben.

Herzliche Grüße

Ihre

Judith Skudelny

DAS DEUTSCHLAND-TICKET

WARUM DAS DEUTSCHLAND-TICKET LIBERAL IST?

Über die Frage, was genau Liberalismus ist, streiten sich Philosophen seit Jahrhunderten. Wir als Freie Demokraten haben unsere Antwort auf die Frage nach liberalen Kernwerten in unserem Leitbild „**Mehr Chancen durch mehr Freiheit**“ gegeben. Dort stehen unsere vier Kernwerte: Lust auf Fortschritt, Liebe zur Freiheit, faire Spielregeln und Verantwortung für die Zukunft.

IST DAS DEUTSCHLAND-TICKET FORTSCHRITTLICH?

Das Deutschlandticket durchbricht die bisherige Logik der Verkehrsverbünde, die in vielen Regionen einerseits zu lokalen Monopolen und damit einer Einschränkung des Wettbewerbs und andererseits auf Deutschland betrachtet zu hundertfachen Mehrfachstrukturen geführt hat. Es schafft dadurch die perspektivische Möglichkeit, jährlich Effizienzgewinne in Milliardenhöhe zu realisieren. Dabei geht es insbesondere um die Vertriebskosten der bisherigen Tickets. Hier hat sich über die Jahre eine ausufernde Bürokratie entwickelt, die nun auf Stock gesetzt werden muss.

BEFRIEDIGT DAS DEUTSCHLANDTICKET DIE LIEBE ZUR FREIHEIT?

Im Beschluss „Mobilität ist Freiheit“ hat die FDP Baden-Württemberg 2017 klar definiert, dass eine Verbesserung der Mobilität für uns ein Mehr an Freiheit bedeutet: „Unsere Definition von Mobilität ist die Freiheit, einfach und schnell mit dem Verkehrsmittel seiner Wahl an sein persönliches Ziel zu gelangen.“ Indem nun jeder, der das günstige Ticket erwirbt, sich bundesweit mit dem Nahverkehr völlig frei bewegen kann, schaffen wir für Millionen Menschen ein völlig neues Freiheitsgefühl, das bisher beispielsweise Nutzer der BahnCard 100 in dieser Form kannten. Wir leisten damit auch einen Beitrag, dass der Verfassungsauftrag der gleichwertigen Lebensverhältnisse stärker realisiert und dadurch die Freiheit, auch außerhalb der Städte zu wohnen, erhalten wird.

Denn entgegen anderslautender Gerüchte bringt das Deutschlandticket die größte Entlastung für Nutzer des ÖPNV außerhalb der Großstädte. Ein Monatsticket für Berlin kostet aktuell 63 Euro, für die Bürger in meiner Heimatstadt Horb am Neckar, deren häufigster Arbeitgeber Mercedes-Benz in Sindelfingen ist, kostet das Pendeln mit dem Zug aktuell monatlich 196 Euro (beziehungsweise 163 Euro im Jahresabo).

Im Karlsruher Verkehrsverbund ist es ganz ähnlich: Wer in Karlsruhe bleibt, zahlt für das Monatsticket 69,50 Euro; wer von Waghäusel nach Karlsruhe pendelt ist schon bei 109 Euro, der Höchstpreis beträgt sogar 187 Euro. Gerade Berufspendler aus dem suburbanen und ländlichen Raum werden so entlastet.

Gleichzeitig wurde der Preis des Deutschlandtickets nicht zu niedrig angesetzt, denn sonst hätten diejenigen, die keinen guten Zugang zum ÖPNV haben, die Tickets der Anderen in unverhältnismäßiger Höhe unterstützen müssen.

SCHAFFT DAS DEUTSCHLANDTICKET FAIRE SPIELREGELN?

Als Liberale wollen wir fairen Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern. Der Staat soll hier nur in den Markt eingreifen, um Marktversagen auszugleichen, das etwa durch öffentliche Güter, natürliche Monopole und externe Effekte entsteht. Das ist der Grund, warum das Straßen- und Schienennetz größtenteils staatlich finanziert wird. Allerdings ist die Debatte darüber, wie externe Effekte internalisiert werden, nicht einfach. Denn der Straßenverkehr sorgt pro Personenkilometer für deutlich höhere externe Kosten durch Luftschadstoffe, Unfälle, Klimaeffekte und Auswirkungen auf Natur und Landschaft. Studien berechnen für diese externen Effekte dreistellige Milliardenbeträge pro Jahr.

Ein Gesetzgeber, der faire Spielregeln schaffen will, kann darauf entweder durch eine Belastung des Straßenverkehrs oder eine Entlastung des ÖPNV reagieren. Schon bisher geschieht beides: Der Straßenverkehr wird mit einem mittleren zweistelligen Milliardenbetrag belastet, der ÖPNV mit einem niedrigen zweistelligen Milliardenbetrag subventioniert. Die externen Effekte werden dadurch aber nicht vollständig ausgeglichen. Eine höhere Belastung für Autofahrer wollen wir Liberale nicht, eine leicht ansteigende Subvention für den ÖPNV ist hingegen im Sinne fairer Spielregeln völlig vertretbar.

TRAGEN WIR MIT DEM DEUTSCHLANDTICKET VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT?

Durch das Deutschlandticket wird Umstieg und intermodale Mobilität erleichtert. Dadurch werden wir bestehende Kapazitäten des ÖPNV besser nutzen und somit einen positiven Klimaschutzeffekt kurzfristig realisieren. Es schafft Mobilitätschancen für alle in Zeiten einer schweren Krise. Und es modernisiert und verschlankt die Strukturen der Verkehrsverbände, wodurch es eine effiziente Verwendung der eingesetzten Steuermittel ist. Damit erfüllt das Deutschlandticket Kriterien der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit.



Michael Theurer MdB

ist parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium & seit 2013 Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg.

 [michael_theurer](#)

 [EUTheurer](#)

 [michael.theurer](#)

BÜRGERGELD

SOZIALSTAATSREFORM MIT LIBERALEN SCHWERPUNKTEN

Das Bürgergeld ist dieses Jahr in Kraft getreten und ersetzt damit das bisherige Hartz IV. Für Freie Demokraten ein Erfolg. Denn nun gilt: Wer sich anstrengt, kommt besser voran. Was hat sich geändert, was ist geblieben? Eine Übersicht.

UM WAS GEHTS?

240 Euro – Das ist es, was Jugendliche in einer Hartz IV-Familie von ihrem Ausbildungsgehalt von 800 Euro behalten durften. Der Rest wurde den Eltern einfach vom Hartz IV-Satz abgezogen. Das ist nicht nur ein Armutszeugnis für Leistungsgerechtigkeit, sondern auch ein Zustand, den wir uns wirtschaftlich nicht leisten können. Denn eine Ausbildung lohnte sich für Kinder aus Familien, die Hartz IV beziehen, finanziell nicht. Das haben wir mit dem Bürgergeld geändert.

Bereits im Koalitionsvertrag hatten sich die Regierungsparteien darauf geeinigt, das System der Grundsicherung, Hartz IV, zu reformieren. Es sollte einfacher und aufstiegsgerechter werden, vor allem aber sollte es viel stärker als bisher auf Weiterbildung und Qualifizierung setzen. Es sollte damit nicht nur eines der größten Projekte der Ampel-Regierung werden, sondern die größte Sozialstaatsreform seit 20 Jahren einleiten.

EIN RÜCKBLICK

Am 22. Februar 2002 wurde die Hartz-Kommission eingesetzt. Anlass war die sogenannte Arbeitsamt-Affäre, bei der es im Kern um falsche Vermittlungszahlen durch die damalige Bundesanstalt für Arbeit (heute Bundesagentur für Arbeit) ging. Das Ziel der Reform war aber viel weitreichender. Der Arbeitsmarkt sollte belebt werden. Das war auch dringend nötig. 2002 gab es über vier Millionen Arbeitslose, die Zahl der offenen Stellen war mit nicht einmal 400.000 deutlich niedriger. Die Arbeitslosenquote lag bei 9,8 Prozent. Ihr Rekordhoch erreichte sie im Jahr 2005 mit 11,7 Prozent. Die Hartz-Gesetze wurden in vier Paketen umgesetzt. Kernpunkt war die Einführung von Hartz

IV, das Arbeitslosengeld II, das zum 1. Januar 2005 kam. Mit Ausnahme der Finanzkrise 2008/2009 sank die Arbeitslosenquote seitdem kontinuierlich bis 2019 auf 5,0 Prozent.

Heute, im Jahr 2023, blicken wir trotz der hinter uns liegenden Corona-Pandemie, auf einen gänzlich anderen Arbeitsmarkt als noch vor 20 Jahren. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung errechnete für das erste Quartal 2023 rund 1,75 Millionen offene Stellen. Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist so groß wie noch nie. Das spüren wir im Alltag. Sei es beim Warten auf Arzttermine, bei der Suche von Handwerkern oder in der Ferienzeit am Flughafen – überall fehlt Personal.

Gleichzeitig bleiben die Chancen für langzeitarbeitslose Menschen, also für Menschen, die seit über einem Jahr ohne Arbeit sind, schlecht. 2022 gab es im Durchschnitt über 900.000 Langzeitarbeitslose, so viel wie zuletzt 2017. Woran liegt das? Die Gründe für Langzeitarbeitslosigkeit sind sehr vielfältig. Auffällig ist aber, dass 60 Prozent der Langzeitarbeitslosen keinen Berufsabschluss haben.

ZEIT ZU HANDELN!

Für alle Regierungspartner war daher klar: Jetzt ist die Zeit zum Handeln da. Das, was die Vorgängerregierung verschlafen hat, packen wir an. Für uns als Freie Demokraten war dabei wichtig, dass ein modernes Sozialsystem nicht nur einfacher und aufstiegsorientierter werden soll, sondern sich auch solidarisch denen gegenüber zeigt, die das System finanzieren. Daher ist es gut, dass es auch im Bürgergeld weiterhin Mitwirkungspflichten gibt – und zwar ab dem ersten Tag. Das bedeutet: Wer beispielsweise Termine nicht einhält oder Bewerbungen nicht schreibt, der muss in Kauf

nehmen, dass das Geld um bis zu 30 Prozent gekürzt wird. Zwar verstoßen überhaupt nur drei Prozent der Hartz IV-Beziehenden gegen die Regeln, aber genau für diese Menschen brauchen die Jobcenter auch weiterhin Sanktionsmöglichkeiten. Das Bürgergeld setzt damit auch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2019 um, welches Sanktionen bis zu 30 Prozent erlaubt.

WAS ÄNDERT SICH?

Der Regelsatz (für Alleinstehende) wurde bereits zum 1. Januar 2023 von 449 Euro auf 502 Euro erhöht. Das ist in Anbetracht der stark gestiegenen Preise seit dem Frühjahr 2022 verfassungsrechtlich geboten. Das Grundgesetz schreibt vor, dass der Gesetzgeber für eine menschenwürdige Existenz Sorge zu tragen hat. In einem Urteil von 2014 hat das Bundesverfassungsgericht außerdem betont, dass „auf Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie auf Preissteigerungen zeitnah reagiert werden muss“.

Daher haben wir die Berechnung zur Inflationsanpassung geändert. Bisher war es so, dass der betrachtete Zeitraum mit bis zu 1,5 Jahren zu weit zurücklag. Eine hohe Inflation in kurzer Zeit, wie wir es in diesem Jahr hatten, kann damit nicht abgebildet werden. Statt nur noch rückwirkend, wird die Inflationsanpassung daher zukünftig auch vorausschauend berechnet. Wenn die tatsächliche Inflationssteigerung dann doch geringer als erwartet ausfällt, wird das mit der Inflationsanpassung im Folgejahr verrechnet. Die SPD wollte den Regelsatz grundsätzlich neu berechnen und unabhängig von der Inflationsentwicklung erhöhen. Das haben wir als FDP abgelehnt.

Das allein wäre für eine grundlegende Reform aber zu wenig. Wir wollen die Menschen raus aus der Langzeitarbeitslosigkeit holen und rein in den Arbeitsmarkt bringen. Dafür setzen wir auf Bildung und Leistungsgerechtigkeit.

Hierfür sind am 1. Juli 2023 weitere, zentrale Maßnahmen des Bürgergeldes in Kraft getreten, mit denen die Vermittlung in Arbeit und damit der Kern des Bürgergeldes gestärkt werden.

Grund für das Inkrafttreten zum 1. Juli 2023: Wir

wollten vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern nicht weiter belasten. IT-Programme mussten angepasst werden, die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter mussten sich auf die Neuerungen vorbereiten können. Das war vor dem Hintergrund, dass die Jobcenter zeitlich auch noch eine hohe Zahl an ukrainischen Geflüchteten zu betreuen haben, so schnell nicht zu bewältigen.

Ab dem 1. Juli 2023 haben wir den Vermittlungsvorrang abgeschafft. Bisher sorgte der Vorrang von Vermittlung dafür, dass Langzeitarbeitslose kurzfristig in irgendeine Tätigkeit vermittelt wurden, statt ihnen das Nachholen eines Berufsabschlusses zu ermöglichen. Das Ergebnis war, dass die Betroffenen schnell wieder in Hartz IV landeten. Das ist auch für unsere Wirtschaft inakzeptabel, die händeringend gut qualifiziertes Personal sucht. Das haben wir geändert. Nun ist es das vorrangige Ziel, eine Berufsausbildung nachzuholen. Hierfür haben wir auch einen zusätzlichen finanziellen Anreiz mit dem Weiterbildungsgeld in Höhe von 150 Euro pro Monat für abschlussbezogene Maßnahmen geschaffen. Für Weiterbildungsmaßnahmen, welche die Jobchancen verbessern, gibt es einen Bürgergeldbonus in Höhe von 75 Euro.

Seit dem 1. Juli ist außerdem ein liberales Kernanliegen im Bürgergeld gestartet: die Verbesserung der Hinzuverdienstgrenzen. Bisher hat Hartz IV zu der absurden Situation geführt, dass jemand, der Geld vom Staat bekommt und dann einen Nebenjob annimmt, nur 100 Euro davon behalten darf. Von jedem weiteren Euro wurden 80 Prozent abgezogen. Es gab also keinen Anreiz, mehr zu arbeiten. Das ist seit dem 1. Juli 2023 endlich anders. Die 100 Euro Freibetrag bleiben, bis 520 Euro werden weiterhin 80 Prozent abgezogen, danach nur noch 70 Prozent. Das ist erst einmal nur ein kleiner Schritt, der aber signalisiert: Mehrarbeit lohnt sich. Weitere Schritte werden mit weiteren Gesetzespaketen folgen.

Besonders hart hatte es bisher Schülerinnen und Schüler in Hartz IV-Familien getroffen. Von ihrem zuverdienten Geld aus einem Ferien-Minijob durften sie nur 170 Euro behalten, der Rest wurde den Eltern vom Hartz IV-Satz abgezogen. Auch das haben wir verbessert. Schülerinnen und Schüler dürfen nun 520 Euro im Monat dazuverdienen, ohne

dass auch nur ein Euro davon angerechnet wird. Von diesem Freibetrag profitieren jetzt auch Auszubildende. Bisher durften von 800 Euro Vergütung nur 240 Euro behalten werden. Mit dem Bürgergeld werden es nun 604 Euro sein.

Damit setzen wir an der Wurzel des Problems an. Denn so machen die Jugendlichen schon in jungen Jahren die Erfahrung, dass es sich lohnt zu arbeiten und ihre Leistung anerkannt wird. Daher ist die Verbesserung der Hinzuverdienstregeln ein Meilenstein für eine liberale Sozialpolitik.

Zu einer liberalen Sozialpolitik gehört auch, dass der Staat Achtung vor der Lebensleistung von Menschen hat. Natürlich gilt auch weiterhin der Grundsatz, dass, wer kann, sich selbst helfen soll und muss. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass Menschen, die Schicksalsschläge erleiden, all das, was sie sich über Jahre aufgebaut haben, plötzlich verlieren. Wer mit 50 Jahren arbeitslos wird, weil der Betrieb insolvent gegangen ist, oder die Selbstständige keine Aufträge mehr bekommt, wie es während der Corona-Pandemie häufig der Fall war, muss ein Teil seines erarbeiteten Vermögens behalten dürfen. Daher haben wir mit dem Bürgergeld das sogenannte Schonvermögen erhöht. Das bedeutet: Während des ersten Jahres darf Vermögen erst ab 40.000 Euro angetastet

werden. Für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft erhöht sich der Betrag um 15.000 Euro. Nach der Karenzzeit gilt dann ein Freibetrag von 15.000 Euro pro Person statt bisher 10.000 Euro.

WIE GEHT ES WEITER?

Mit dem Bürgergeld haben wir eine echte Sozialstaatsreform eingeleitet. Mit der Einführung in diesem Jahr haben wir einen bedeutenden Schritt mit wichtigen Maßnahmen gemacht. Für uns Freie Demokraten ist aber klar, dass weitere Verbesserungen folgen müssen. Der nächste Schritt wird hier eine umfassende Reform der Hinzuverdienstgrenzen sein, die sicherstellt, dass Arbeit sich immer lohnt. Auch die Qualifizierungsmaßnahmen und Vermittlungsbemühungen im Bürgergeld müssen weiter gestärkt werden, indem etwa die Unterstützung schwer zu erreichender junger Menschen beim Schul- oder Berufsabschluss in §16h SGB II auch auf Leistungsberechtigte unter 15 Jahren ausgeweitet wird. Denn wir kämpfen weiterhin dafür, dass der Sozialstaat nicht nur ein sicheres Netz, sondern ein echtes Sprungbrett in Arbeit wird.



Pascal Kober MdB

ist sozial- & arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP Bundestagsfraktion sowie stellvertretender Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg.

 [pascalkober](#)

 [PascalKober](#)

 [PascalKoberFDP](#)

INTERVIEW

DIETER KLEINMANN

SEIT 50 JAHREN FREIER DEMOKRAT

SIE SIND 1972 IN DIE FDP INGETRETEN. WAS WAR IHRE MOTIVATION? GAB ES EINEN BESONDEREN ANLASS?

Zwar in Stuttgart geboren, doch im Remstal aufgewachsen und bereits mit 13 Jahren Reinhold Maier begegnet, hat mich dessen „Graswurzel-demokratie“ schon als Schüler überzeugt. Bei der Landtagswahl 1972 unterstützte ich den FDP-Kandidaten Dr. Fritz Weller und gewann somit Einblick in die Programmatik und Ziele der FDP. Das liberale Credo „So viel Staat wie nötig, aber so wenig Staat wie möglich“ hat mich überzeugt - zumal nach sechs Jahren einer „Großen Koalition“ in Baden-Württemberg. Und die Freiburger Thesen von 1971 signalisierten einen inhaltlichen Aufbruch, den ich mitgestalten wollte.

ERINNERN SIE SICH AN BESONDERE MOMENTE, DIE SIE IN IHREN 50 JAHREN ALS MITGLIED MITERLEBEN KONNTEN?

Unvergesslich sind für mich die Begegnung mit Karl-Hermann Flach, dem ersten Generalsekretär der FDP, und dessen fast schon visionären Vorstellungen für ein Zukunftsmodell des Liberalismus 1972 in Schorndorf. Der Bundesparteitag nach dem Bruch der Sozial-Liberalen Koalition 1982 in Berlin, den ich als Zuhörer auf der Tribüne miterlebte, machte deutlich, in welche – angeblich nicht miteinander zu vereinbarenden politischen Richtungen die FDP gespalten war. Zweifellos zu den Höhepunkten meiner Erfahrungen gehörte – nach dreißigjähriger Abstinenz - die Regierungsbeteiligung der FDP in Baden-Württemberg 1996 und das triumphale Abschneiden der FDP bei der Bundestagswahl 2009. Ein Tiefpunkt war allerdings 2013 das Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag. Inzwischen sind wir wieder in der Regierung und machen dort einen guten Job.

WIE HAT SICH DIE FDP IHRER MEINUNG NACH IN DEN LETZEN 50 JAHREN VERÄNDERT?

Sie hat sich von einer Honoratioren-Partei zu einer Partei mit einem klaren politischen Profil mit einer,

für die FDP authentischen Programmatik verändert. Gerade die letzten Wahlen haben gezeigt, dass die FDP auch zunehmend junge Wähler anspricht. Dies war früher nicht so.

WAS WÜNSCHEN SIE SICH FÜR DIE NÄCHSTEN 50 JAHRE VON DEN FREIEN DEMOKRATEN?

Offenheit und Sensibilität für gesellschaftliche Herausforderungen und die Beibehaltung der programmatischen Arbeit. Der gewerbliche und soziale Mittelstand sollte bei den Freien Demokraten stets im Blickfeld bleiben. In der Außenpolitik ist die Stärkung eines geeinten Europas für die kommenden Jahre von zentraler Bedeutung. Weltweite Verantwortung für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung muss auch in Zukunft ein liberales Anliegen bleiben - dies aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen, aber auch, um den Einfluss Chinas auf Entwicklungsländer nicht zu groß werden zu lassen.

WAS RATEN SIE DEN JUNGEN LEUTEN? LOHNT SICH POLITISCHES ENGAGEMENT?

Ohne Wenn und Aber: Ja! Politik gestaltet das Gemeinwesen. Sie lebt von der Diskussion unterschiedlicher Antworten auf anstehende Fragen und Probleme. Daher braucht die Politik kreative Köpfe und diskussionsfreudige Menschen.



Dieter Kleinmann

studierte evangelische Theologie und Wirtschaftswissenschaften & war danach Pfarrer im Landkreis Rottweil. 1996 bis 2011 Landtagsabgeordneter, danach Seelsorger beim Flughafen Stuttgart. Kleinmann ist Vorsitzender des BFA Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften der FDP.

124. LANDESPARTEITAG AM 8. JULI

Am Samstag den 8. Juli fand der 124. ordentliche Landesparteitag der Freien Demokraten in Heidenheim statt. Bei diesem Parteitag wurde auch der Landesvorstand neu gewählt.

Die Mitglieder des Landespräsidiums wurden in ihren Ämtern bestätigt. Zum Landesvorsitzenden wurde Michael Theurer mit 78,2% gewählt. Als stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Hans-Ulrich Rülke mit 82,7%, Gabriele Heise mit 88,9% und Pascal Kober mit 90,3%. Als Generalsekretärin wurde Judith Skudelný mit 67,7% gewählt. Der jüngst auf dem 123. Landesparteitag als Nachfolger von Michael Link gewählte Schatzmeister Jochen Haußmann wurde mit einem Ergebnis von 95,0% im Amt bestätigt.

Ebenfalls in den Landesvorstand gewählt wurden als Beisitzer in der ersten Abteilung: Johannes Baier, Claudia Felden, Klaus Hoher, Stephan Link, Ute Oettinger-Griese, Uwe Schwarz, Prof. Dr. Erik Schweickert, Stefan Tritschler und Hartfrid Wolff.

Als Beisitzer in der zweiten Abteilung wurden gewählt: Valentin Abel, Dr. Andreas Anton, Charlotta Eskilsson, Alena Fink-Trauschel, Dr. Andrea Kanold, Andreas Knapp, Tim Nusser, Marianne Schäfer, Konrad Stockmeier, Benjamin Strasser, Hendrik van Ryk und Wolfgang Vogt.

Nach einer entsprechenden Satzungsänderung auf dem Dreikönigsparteitag am 5. Januar wurden auch

erstmals zwei Ombudspersonen statt nur einer gewählt: Kai Buschmann und Dr. Dinah Murad.

Neben den Personalwahlen standen auch inhaltliche Beschlüsse im Fokus. Der Leitantrag mit dem Titel „Europa entfesseln, Zusammenhalt stärken“, in dem das liberale Engagement für eine starke Europäische Union bekräftigt wird, wurde wie auch der Antrag „Individuelle Mobilität in Baden-Württemberg sicherstellen“ mit einigen Änderungen bei großer Mehrheit beschlossen.

Dem aktuellen Umfragehoch populistischer Kräfte begegnete der Landesvorsitzende Michael Theurer mit einem Aufruf zum Engagement in den demokratischen Parteien: „Wir sind keine Schönwetterdemokraten. Wir lassen uns von einzelnen Wahlergebnissen auf kommunaler Ebene nicht ins Bockshorn jagen. Aber wir dürfen uns nicht zurücklehnen. Lasst uns dafür kämpfen, dass nicht die Populisten die Deutungshoheit haben. Lasst uns aufstehen, lasst uns kämpfen für unsere liberale Demokratie. Wir sind nicht wehrlos gegen Extreme. Wir sind stark!“. Ebenfalls bekräftigte Theurer, dass die Generationengerechtigkeit auch im Bereich der Staatsfinanzen gelte und darauf geachtet werden müsse, zukünftigen Generationen nicht durch Schulden ihre Chancen zu rauben.

Die Beschlusslage finden Sie unter fdpbw.de/beschluesse



DER NEUGEWÄHLTE LANDESVORSTAND

DAS PRÄSIDIUM



LANDESVORSITZENDER
MICHAEL THEURER



GENERALSEKRETÄRIN
JUDITH SKUDELNY



STELLV. LANDESVORSITZENDER
HANS-ULRICH RÜLKE



STELLV. LANDESVORSITZENDER
PASCAL KOBER



STELLV. LANDESVORSITZENDE
GABRIELE HEISE



SCHATZMEISTER
JOCHEN HAUßMANN

BEISITZER I. ABTEILUNG



SÜDBADEN
JOHANNES BAIER



KURPFALZ
CLAUDIA FELDEN



BODENSEE-OBERSCHWABEN
KLAUS HOHER



NECKAR-ALB
STEPHAN LINK



FRANKEN
UTE OETTINGER-GRIESE



OSTWÜRTTEMBERG
UWE SCHWARZ



NORDSCHWARZWALD
ERIK SCHWEICKERT



MITTELBADEN
STEFAN TRITSCHLER



REGION STUTTART
HARTFRID WOLFF

BEISITZER II. ABTEILUNG



VALENTIN ABEL



ANDREAS ANTON



CHARLOTTA ESKILSSON



ALENA FINK-TRAUSCHEL



ANDREA KANOLD



ANDREAS KNAPP



DENNIS TIM NUSSER



MARIANNE SCHÄFER



KONRAD STOCKMEIER



BENJAMIN STRASSER



HENDRIK VAN RYK



WOLFGANG VOGT

DIE OMBUDSPERSONEN



DINAH MURAD



KAI BUSCHMANN



RÜCKBLICK DREIKÖNIGSTREFFEN 2023

Bereits seit 1866 treffen sich Liberale aus dem Südwesten und ganz Deutschland am Dreikönigstag in Stuttgart. Nachdem in den letzten zwei Jahren die Dreikönigskundgebung aufgrund von Corona als Online-Veranstaltung stattfinden musste, war dieses Jahr wieder eine Präsenzveranstaltung mit Publikum im Stuttgarter Opernhaus möglich. Zum politischen Jahresauftakt kamen unter anderem Christian Lindner, Michael Theurer, Hans-Ulrich Rülke und Bijan Djir-Sarai.

Das diesjährige Dreikönigstreffen stand ganz im Zeichen des Gestaltungsanspruchs der Freien Demokraten in der Bundesregierung. Zu den wichtigsten Themen gehörten unter anderem bessere Bildungschancen sowie mehr Innovation und Fortschritt für wirtschaftlichen Erfolg.

Michael Theurer, der baden-württembergische Landesvorsitzende, äußerte sich kämpferisch und betonte: „Regieren ist nichts für Feiglinge“. Dabei bezog er sich auf die unterschiedlichen Auffassungen der Koalitionspartner der Bundesregierung. Während SPD und Grüne etatistisch seien, sei die FDP marktwirtschaftlich.

Für die Regierungskoalition sieht Michael Theurer vor allem eine Aufgabe: nämlich in schwierigster Zeit zu handeln.

FDP-Chef Christian Lindner erklärte in seiner Rede, 2023 zum Gestaltungsjahr machen zu wollen. Dafür müsse das schwache Wachstum und der schleichende Verlust von Wohlstand mit einer Zäsur in der Wirtschaft- und Finanzpolitik beantwortet werden. Lindner betonte, wie wichtig es sei, eine gute wirtschaftliche Grundlage zu schaffen. Denn wirtschaftliche Stärke sei insbesondere wichtig, damit wir in Krisenjahren die Betriebe, Strukturen und Existenzen nicht verlieren. Dafür wünscht Lindner sich für Deutschland mehr Technologiefreiheit und Mut zur Innovation. Außerdem forderte Lindner jedes Jahr eine zusätzliche Bildungsmilliarde, da ein Land niemals an den Bildungschancen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sparen sollte. So sei Anpacken das Gebot der Stunde. Zudem müsse die Ampelkoalition weniger auf Umverteilung und mehr



auf Wachstum setzen. Dafür sei die FDP auch bereit, Konflikte mit den Regierungspartnern in Kauf zu nehmen.

„ Gerade als Wissensnation muss unser Anspruch sein, dass die nächste Generation immer mehr kann, immer mehr weiß, als die letzte Generation.

Christian Linder

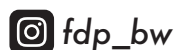
Der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai erinnerte in seiner Rede an die politischen Wurzeln der FDP. So sei die FDP die Partei der Freiheit und somit auch eine Freiheitsbewegung. Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine habe sich die Welt verändert. So seien in dieser neuen Lage die Fragen nach Energiesicherheit, -versorgung und -preisen wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit. Er forderte „ein Konzept, das im Einklang ist mit der Realität. Ein Konzept ohne Denkverbote und Ideologie. Ein Konzept, das vor allem technologieoffen ist und Fragen nach der Schiefergasförderung, aber auch die Frage der Laufzeitverlängerung nach 2023 beantwortet.“

Das Thema Energiepolitik griff auch der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Hans-Ulrich Rülke in seiner Rede auf und kritisierte die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der CDU im Land: „Solarpflicht auf den Dächern: Im Wahlprogramm der CDU ausgeschlossen, im Koalitionsvertrag unterschrieben. Windräder im Staatswald: im Wahl-

programm ausgeschlossen, im Koalitionsvertrag unterschrieben. Mautpflicht auf Bundes- und Landstraßen: Im Wahlprogramm Nein, im Koalitionsvertrag Ja. Schule ohne Noten: Im Wahlprogramm Nein, im Koalitionsvertrag Ja.“

Ohnehin läge im Bereich der Bildungspolitik in Baden-Württemberg seit der Regierungsübernahme der Grünen vieles im Argen. Das Land Baden-Württemberg ist der Bildungsabsteiger, das sagen alle Studien. „Der ehemalige Lehrer Winfried Kretschmann versteht von Bildung so viel wie ein Ziegelstein vom Schwimmen.“ bilanzierte Rülke gewohnt schlagfertig.

**Dieses Jahr nicht dabei gewesen?
Kein Problem! Die Dreikönigskundgebung
können Sie online auf YouTube abrufen.**



Impressum

Herausgeber: FDP Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlich: Philipp Nellißen (Pressesprecher)
Redaktion: Julian Schröder, Philipp Nellißen
Anschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 / 666 18-0
Email: fdp-bw@fdp.de, Web: www.fdpbw.de
Gestaltung: Len Brauneisen

INTERVIEW

DR. KARIN BROSZAT



Dr. Karin Broszat

ist seit 2016 die Landesvorsitzende des Realschullehrerverbands (RLV) Baden-Württemberg. Sie leitet seit 2013 die Realschule Überlingen mit rund 700 Schülern und 52 Lehrkräften.

FRAU DR. BROSZAT, DIE MAßNAHMEN ZUR PANDEMIE-BEKÄMPFUNG WAREN EINE IMMENSE HERAUSFORDERUNG FÜR DEN SchulBETRIEB. WIE IST DIE SITUATION AN DEN SchULEN JETZT? KONNTEN SIE ZUM NORMALBETRIEB ZURÜCKKEHREN?

Wir sind natürlich froh, dass Corona mittlerweile seinen ganz großen Schrecken verloren hat. In der Schule müssen keine Masken mehr getragen werden und Testungen sind obsolet. Der Krankenstand an den Schulen ist zwar sehr hoch, aber die Krankheitsverläufe sind in der Regel milder. Viele schulische Veranstaltungen, auf die wir jetzt fast drei Schuljahre lang verzichten mussten, sind wieder möglich: Schullandheime, Austauschfahrten, Schulfeste usw. und manchmal mutet einen die Vergangenheit schon fast surreal an.

Nach einem so lang andauernden Ausnahmezustand wäre es aber vermessen, schon von Normalität zu sprechen. Selbstverständlich kämpfen wir noch immer mit den Lernrückständen bei einzelnen Schülern, die während der Pandemie ‚entglitten‘ sind. Aus den Grundschulen kommen Kinder zum Teil ohne oder mit nur mangelhaften Grundlagen in Schreiben, Lesen und Rechnen, weil die Grundlagenfestigung in Zeiten der Pandemie in einigen Elternhäusern schlicht unmöglich war.

Viel schlimmer aber ist der Anstieg von Verhaltensauffälligkeiten, die insgesamt rasant zugenommen haben. Die schon für uns Erwachsene belastende Situation, ist eben nicht spurlos an der Psyche der Kinder vorbeigegangen. Kinderarztpraxen, Psychologen und Beratungsstellen werden überlaufen und Eltern warten monatelang auf Termine. Auch die Jugendämter sind völlig überlastet.

Leider sind in den vergangenen Monaten noch weitere Krisenherde dazugekommen. Die Schulen sind spätestens seit Beginn des Krieges in der Ukraine mit einer Flüchtlings- und Migrationswelle konfrontiert, welche das Ausmaß von 2015 jetzt schon deutlich übersteigt und dies kombiniert mit einem ohnehin schon eklatanten Lehrermangel. Auf die Qualität der dazu bislang ergriffenen Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene einzugehen, würde den Rahmen dieses Interviews sprengen. Nur soviel: Die Möglichkeiten von Schulen, beständig ein migrations- bzw. flüchtlingspolitisches Ver-

sagen aufzufangen, sind endlich. Das wird zunehmend deutlich. Auch Inflation, Insolvenzen usw. belasten viele Familien enorm und dies alles schlägt wuchtig auf die Schulen im Land durch. Um die Stimmungslage an unseren Schulen mal salopp zu beschreiben: Selbst die Lehrkräfte, die zweimal „Hier!“ gerufen haben, als der Herrgott damals den Optimismus unter den Menschen verteilte, sind zunehmend am Ende.

Ein stabiles Schulsystem verträgt eigentlich viele Krisen. Unser seit 2011 geschwächtes fängt diese Krisen nur noch schwerlich auf. Umso wichtiger wäre es, jetzt endlich bildungspolitisch realitätsorientiert richtungsweisend zu handeln. Die Landespolitik hat seit 2011 schulpolitisch ein bis dahin sehr gut funktionierendes System ohne Not und lediglich ideologisch motiviert und wohl ganz im Sinne von Nachhaltigkeit durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung und extrem privilegierter Einführung von Gemeinschaftsschulen destabilisiert. Man erinnere sich an Namen wie den Schweizer Peter Frattton und dessen visionär-esoterischen Bildungsnebel, den zunächst gefeierten Bildungskronzeugen unter Grün-Rot, oder den hilflosen Adaptionversuch an ein finnisches Schulmodell oder die Einführung von Begriffen wie ‚Lernateliers‘ oder ‚Coaches‘ statt Klassenzimmern und Lehrkräften usw.

Tja, Scheibenkleister, die Eltern haben mit den Füßen abgestimmt, und die Realschule ist im Land unverbrüchlich neben dem Gymnasium die mit großem Abstand beliebteste Schulart geblieben.

Ein schulisches Wolkenkuckucksheim, quasi ein pädagogisches Experiment an Kindern, wurde in Verkennung wie Verdrängung der Realitäten seinerzeit noch im Übermaß in Hochglanzprospekten der Bevölkerung als statisch tragend angepriesen. Nun soll man sich über den Taumel- und Torkelmodus, in dem sich die Bildungspolitik in Baden-Württemberg seit geraumer Zeit befindet nicht sonderlich wundern. Viel zu vieles geht einfach nicht zusammen!

DIE IQB-BILDUNGSTRENDS OFFENBARTEN BEI DEN SCHÜLERN IM LAND GRUNDLEGENDE MÄNGEL BEIM LESEN, SCHREIBEN UND RECHNEN, IM INSM-BILDUNGSMONITOR WURDE BADEN-WÜRTTEMBERG ZULETZT DER 15. PLATZ IM LÄNDERVERGLEICH IN SACHEN SCHULQUALITÄT ATTESTIERT. WAS IST DA LOS, FRAU DR. BROZAT?"

Das sollte das Land sich wirklich fragen! Nochmals zur Erinnerung: Baden-Württemberg hatte bis 2011 ein vielfältiges, differenziertes und äußerst erfolgreiches Schulsystem. In den Ländervergleichen konkurrierte Baden-Württemberg stets mit Bayern und Sachsen um die Spitzenpositionen. 2011 wurden dann unter Grün-Rot die Weichen für die Bildung in Baden-Württemberg bildungspolitisch in fataler Weise falsch gestellt und seitdem rauscht der Bildungszug von Spitzenplätzen auf Haltestellen der unteren Ränge.

Schon längst sind die Fehler in wissenschaftlich vielfältiger Weise, in unterschiedlichsten Studien, Erhebungen, Rankings usw. nachweisbar aufgezeigt und die falschen Weichenstellungen erkannt! Doch die gegenwärtige Politik stellt sich dem Versagen der Vergangenheit in keiner Weise! Ein sachlich fachlicher Diskurs über Fehlentwicklungen findet nicht statt. Dafür kommen die negativen Auswirkungen dieser falschen Weichenstellung jetzt mit voller Kraft in unserer Gesellschaft an. Fachkräftemangel, Lehrermangel und der erhebliche Leistungsabfall Baden-Württembergs in den Bildungsrankings haben nachvollziehbare Gründe. Es gälte, die politischen Ursachen dieser Bildungsmisere anzugehen und nicht beständig in mal hier mal da panischem Aktionismus lediglich deren immer stärker auftretenden Folgesymptome zu lindern.

Wer in der Bildungspolitik trotz offensichtlich zunehmend katastrophaler Zustände an Schulen nicht die dafür verantwortlichen, grundsätzlich falschen Weichenstellungen rückgängig machen kann oder will, weil sonst womöglich auch anderweitig der parteiinterne Kompass abhandenkäme, der stellt Parteiwohl über Kindeswohl und dann ist etwas gewaltig faul im Staate Dänemark!

Der RLV fordert schon seit 2012 die Rückkehr zu einer verbindlichen Grundschulempfehlung, welche die Kinder am Ende ihrer Grundschulzeit verbindlich einer für ihre Entwicklung erfolgsversprechenden, begabungsgerechten Schulart zuordnet. Danach muss selbstverständlich für alle Kinder alljährlich und entsprechend der gezeigten Leistungen Durchlässigkeit in eine andere Schulart möglich sein! Detaillierte, pragmatische und noch dazu kostenneutrale Pläne des RLV zur praktischen Umsetzung liegen dem Kultusministerium vor. Die Frage nach der Wahl einer

passenden Schulart ist keineswegs trivial. Denn eine ideale Passung der weiterführenden Schule zum individuellen (Lern-)Potential verspricht einen erfolgreichen Bildungsverlauf, welcher wiederum den Lebensverlauf junger Menschen langfristig beeinflusst. Die Kompetenzentwicklung eines Kindes ist nachweislich abhängig von der besuchten Schulart. Eine nicht verbindliche Grundschulempfehlung ist die Ursache erschreckend zunehmender gebrochener Bildungsbiografien von Kindern und deshalb grundsätzlich abzulehnen.

Außerdem verlangen wir dringend Nachbesserungen in der Lehrerausbildung, um die erfolgreiche Mischung aus Praxis und hoher Fachlichkeit an unseren Realschulen zu gewährleisten. Didaktik und Methodik der Schularten müssen sich zwangsläufig unterscheiden, um unterschiedlichen Kindern gerecht zu werden. Das Berufsbild des beliebig austauschbaren Einheitslehrers ist weder attraktiv noch zeitgemäß. Eine Ausbildung zum Einheitslehrer führt zur Einheitsschule mit gravierend gesellschaftlichen Folgen. Um heute junge, kompetente Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen, müssen wieder unterschiedliche Wege der Professionalisierung eröffnet werden.

Es trägt zynische Züge, wenn die Partei, die derzeit das Kultusministerium im Land innehat, zwar plakativ für Artenvielfalt eintritt, aber ausgerechnet die tatsächliche Schulartenvielfalt beständig angreift oder zu schwächen sucht. Ausgerechnet bei Kindern soll deren Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit nicht durch vielfältige Schularten und somit unterschiedlicher Methodik und Didaktik entsprochen werden. Die Vereinheitlichung, die schulische Nivellierung kennt man eigentlich nur aus Gesellschaftssystemen, die unser Land in seiner Geschichte in unsäglicher Weise bereits zweimal erfahren musste. Das muss endgültig Mahnung genug sein, jedweden Bestreben zur Vereinheitlichung von Kindern und Jugendlichen entgegenzustehen, gerade in dem hochsensiblen schulisch-educativen Bereich.

Völliger Unsinn und schädlich für unser Land ist auch die Abkehr vom Leistungsgedanken in der Schule. Die Realschule ist eine leistungsorientierte Schule, auf der Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, sich aneinander zu messen und daran in ihrer persönlichen Entwicklung zu wachsen. Und zwar in einem Schonraum, der sich dann sukzessive der realen Welt öffnet. Dazu gehören klare Leistungskriterien zur Orientierung und natürlich weiterhin transparente Notenstufen, die auch Konsequenzen für das Fortschreiten im Bildungsgang, für Übergänge und Prüfungen haben.

Unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schularten für ihre vielfältigen Zukunftsentwürfe! Jedes Kind in seiner Einzigartigkeit hat das Recht, in seiner Schulart begabungsgerecht gefördert zu werden und das mit allen didaktischen und methodischen Mitteln, die dafür zur Verfügung stehen. Dies beginnt mit einer qualitativ hohen Lehrerausbildung, die schulartspezifisch qualifizierte Lehrkräfte ausbildet. Es geht weiter über einen differenzierten Unterricht, der den unterschiedlichen Kindern jeweils entsprechende Leistungsanreize setzen kann, um sie auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten. Und es endet in unterschiedlichen, qualitativ hochwertigen und aussagekräftigen Abschlüssen.

DER STREIT UM GEMEINSCHAFTSSCHULEN IST MITTLERWEILE ZUM DAUERBRENNER GEWORDEN. WELCHE POSITION NIMMT IHR VERBAND HIERZU EIN?

WIE WÜRDEN SIE DIE ROLLE DER REALSCHULEN IM VIELGLIEDRIGEN BILDUNGSSYSTEM CHARAKTERISIEREN; WAS SIND IHRE STÄRKEN?

Mit Einführung der Mittelschule in Baden-Württemberg in den 70er Jahren, die bald den Namen Realschule tragen sollte, war es gelungen, eine Schulart auf den Weg zu bringen, die realitätsorientiert der Vielfalt an Kindern gerecht wird. „Fleißigen Kindern vom Land“ (so ehemals die Formulierung) und Migrantenkindern (damals als Gastarbeiterkinder bezeichnet), die oft nicht aus akademischen Familien stammten. Ihnen wie selbstredend jedem sollte ein differenzierender, stets durchlässiger Weg zwischen damals gesellschaftlich noch hochgeschätzter Hauptschule und Gymnasium offen sein. Die drei wesentlichen Schularten Hauptschule, Realschule, Gymnasium und daneben die Förderschule waren konzeptionell sehr gut aufeinander abgestimmt. Sie ergänzten sich, orientierten sich an der Leistungsfähigkeit der Kinder und hatten erhebliche Schnittmengen. Auch deshalb waren sie durchlässig in alle Richtungen! Das Zusammenspiel von Abstraktion und hoher Praxisorientierung öffnete Realschülern bald ein weites berufliches Feld. Ebenso bewährte sich die Zusammenarbeit der Realschulen mit den beruflichen Schulen und deren gymnasialen Zügen, sodass sich die Realschule zur Aufsteigerschule schlechthin entwickelte. Mit einem eigenständigen, unverwechselbaren pädagogischen Profil, dessen Kernstück Methodenvielfalt wie auch hohe Fachlichkeit beinhaltet, wurde die Realschule unverzichtbarer Teil einer mannigfaltigen differenzierten Schullandschaft. Sie trug Kindern in all ihrer

Unterschiedlichkeit genau damit Rechnung, indem sie pädagogisch unterschiedliche Wege bzw. Schularten bereitstellte.

Mit Einführung der Gemeinschaftsschule und Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung wurde dieses gelungene und äußerst erfolgreiche Zusammenspiel der Schularten in Baden-Württemberg nachdrücklich erschüttert. Die Folgen dieser Erschütterung wirken nach und werden nicht behoben. Im Gegenteil wird in den letzten Jahren die Vereinheitlichung der Schularten vorangetrieben. Vorläufig letzter Schritt dazu war die Auflösung des bis dahin eigenständigen Realschulreferats im Kultusministerium. Weitere Schritte werden folgen, wenn der Koalitionspartner CDU nicht endlich für die Realschullehrkräfte im Land erkennbar aufzeigt, wo für sie bildungspolitisch die rote Linie ist, die laut Koalitionsvertrag nicht überschritten werden kann. Denn in diesem ist ausdrücklich festgelegt, dass bestehende Schulstrukturen nicht verändert werden. In für die wählende Bevölkerung unauffällig gehaltenen Tappschrittschritten will man auch ans Ziel kommen, nämlich letztendlich die unumkehrbare Abschaffung eines vielfältigen, mehrgliedrigen Schulsystems in Baden-Württemberg.

Doch trotz der massiven Investition in die Gemeinschaftsschule bekommt diese Einheitsschulart überhaupt nicht den erwarteten Zuspruch der Eltern. Stabile Anmeldezahlen auf die Gemeinschaftsschule gibt es lediglich in Landstrichen, in denen sie vordem bereits unter Grün-Rot alternativlos gemacht worden war. 2021 meldeten sich rund 35% aller Grundschüler an der Realschule an. Damit sind das Gymnasium, mit rund 42% der Anmeldungen, und die Realschule die mit deutlichem Abstand beliebtesten Schularten in Baden-Württemberg. Die Gemeinschaftsschule bleibt mit 14% der Anmeldungen weit zurück, obwohl sie alle Schularten abdecken möchte. Leider sterben wegen der fehlenden verbindlichen Grundschulempfehlung die zur pädagogischen Ergänzung so wichtigen Haupt- und Werkrealschulen für die Kinder mit hauptsächlich praktischer Begabung weg. Die Gemeinschaftsschule bietet mit ihrem ganz eigenen pädagogischen Konzept für die Eltern offenkundig keine Alternative. Die Verwerfungen in der Bildungslandschaft sind somit vorprogrammiert. Schüler zuhauf an den für sie pädagogisch nicht geeigneten Schulen, zunehmend überforderte Lehrkräfte, aber auch zunehmend Schüler, die somit im falschen Klassenverbund unterfordert sind, eine enorme Zunahme an Frust, Krankheit, Verhaltensauffälligkeit allerorten,

rapider Abfall der schulischen Leistungen, dies sind nur einige der Folgen einer grundsätzlich falschen Weichenstellung, die mit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung erfolgte. Die komplette Liste des Elends wäre lang. Interessanterweise und wider jede Realität wird im grünen Kultusministerium ständig (auch im Koalitionsvertrag) über Veränderungen der Realschule gesprochen, die trotz aller ideologisch herbeigeführten Heterogenität noch ordentlich funktioniert. Die VERA 8 Daten der letzten Jahre zeigen aber klar auf, dass die Schüler an den Gemeinschaftsschulen deutlich weniger lernen, als die jeweils direkt vergleichbaren Schüler an Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien. Eine unabhängige Evaluation der Schulart Gemeinschaftsschule wäre deshalb nach zehn Jahren Existenz aus unserer Sicht unbedingt notwendig. Da schließen wir uns der Forderung des Philologenverbands an.

ES WURDE IM LANDTAG ÜBER BERUFLICHE ORIENTIERUNG AN GYMNASIEN DISKUTIERT. ANGESICHTS DES FACHKRÄFTEMANGELS, GERADE IN AUSBILDUNGSBERUFEN, SCHEINT DIES ÜBERALL DRINGLICH ZU SEIN. WIE STEHEN DIE REALSCHULEN IM LAND DIESBEZÜGLICH DA?

Die Realschulen hatten im Hinblick auf die Berufsorientierung schon immer eine Vorreiterrolle. Kein Wunder, denn die Realschulen setzen auf die Leistung ihrer Kinder und bieten mit ausgeprägter Fachorientierung und gleichzeitigem Praxisbezug einen idealen Übergang auf berufliche Schulen/ Gymnasien oder direkt in die duale Ausbildung. Unter unseren ehemaligen Schulabgängern ist die Ingenieurin ebenso zu finden wie der Altenpfleger. Kooperationen mit ortsansässigen Firmen und Institutionen sowie Praktika sind an jeder Realschule Usus und längst eingespielt.

Angesichts des eklatanten Fachkräftemangels muss die Bildungspolitik selbstverständlich dringend handeln und berufliche Orientierung in jeder Schulart verankern. Aber auch auf diesem Feld wird man mit einem Einheitsprogramm für immer mehr vereinheitlichte Schularten nichts erreichen. Wer die Vorbereitung auf eine Berufswahl zum Beispiel lediglich in einer höheren Taktung der Praktika für alle Schularten gleichermaßen sieht, täuscht sich erheblich, denn diese Vorbereitung, will sie auch tatsächlich effektiv sein, hat unbedingt schulartspezifisch zu sein, denn eine jeweilige Schulbildung und Praktika ergänzen sich

gegenseitig. Im Fachunterricht und anderen schulischen Unternehmungen werden unerlässliche Grundlagen für eine Berufswahl und für ein in der Zukunft gelingendes Berufsleben der Jugendlichen gelegt. Deren vielfältige Zukunftsentwürfe sind ebenso unterschiedlich wie ihre Fähigkeiten und Begabungen. Man missversteht die Bedeutung von Unterricht für die Persönlichkeitsbildung der Kinder, und in Folge die Persönlichkeitsbildung für die Berufswahl, wenn man nicht auch und gerade hier differenziert und die Unterschiedlichkeit der Kinder bedenkt. Das Erfolgsmodell Realschule ist, aber vor allem war, der Garant für eine äußerst hohe Qualifikation im nichtakademischen Bereich!

Schon heute, das zeigen die IHK-Konjunkturumfragen, sieht jedes dritte Unternehmen in Baden-Württemberg im Fachkräftemangel ein akutes Geschäftsrisiko. Insbesondere das Angebot an Meistern, Fachwirten, Technikern und Fachkaufleuten (nichtakademisch ausgebildete Fachkräfte mit hoher Qualifikation) wird, so vermutet die IHK, im Jahre 2035 um bis zu 31 Prozent hinter der Nachfrage zurückbleiben. Dies ist ein gewichtiger Grund, die beschriebenen Entscheidungen in der aktuellen Bildungspolitik äußerst kritisch zu begleiten! Von ihnen hängt nicht zuletzt der Wohlstand unseres Landes Baden-Württemberg ab. Der Realschullehrerverband wird das weiterhin in gebotener Art und Weise tun. Auch die FDP macht immer wieder deutlich, dass sie entschieden für ein vielgliedriges Schulsystem steht und nicht nachlassen wird, die der verfehlten Bildungspolitik zugrundeliegenden Irrtümer und die daraus resultierenden Folgeschäden zu benennen. Mit dem bildungspolitischen Sprecher der FDP im Landtag, Dr. Timm Kern, diskutieren wir als Verband regelmäßig mit großer Sachlichkeit und konstruktiv die Bildungsmisere im Land und wissen die FDP fest an der Seite der Realschulen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich bedanken.

WENN SIE FÜR EINEN TAG DEN POSTEN VON KULTUSMINISTERIN SCHOPPER ÜBERNEHMEN KÖNNTEN, WAS WÄREN IHRE ERSTEN MAßNAHMEN?

Die Einführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung zum Wohle der Kinder, ein Krisengespräch mit dem Wissenschaftsministerium über die Lehrerausbildung und die Erstellung eines Masterplans zur deutlichen Stärkung der enorm wichtigen Haupt- und Werkrealschule!

ÜBERSICHT LANDESPOLITIK

VORWORT DES FRAKTIONSVORSITZENDEN

WIR SORGEN FÜR BEWEGUNG IN WICHTIGEN THEMEN

Bürgerinnen und Bürger wenden sich von den demokratischen Institutionen ab, wenn sie staatliches Handeln und Vorschriften nicht mehr nachvollziehen können, sich übergangen oder überfordert fühlen. Dies wird verstärkt durch Regierungsversagen: Beispielsweise durch einen mittlerweile gerichtsnotorischen Innenminister in Baden-Württemberg, der angeblich Verantwortung für sein Haus übernimmt, aus dessen Führungsetagen aber immer mehr unappetitliche Details mit intimen Belästigungen, Saufgelagen und Postenab-sprachen quellen. Eine Kultusministerin, die auch angesichts eines alarmierend verfallenden Bildungsniveaus mit aller Seelenruhe ihre ideologische Bildungspolitik weiterspinn und Konsequenzen zur Steigerung der Bildungsqualität scheut. Eine Landesregierung insgesamt, deren radikale Energiepläne auf grüner Seite mit hunderttausenden herauszureißenden Heizkörpern in Baden-Württemberg sogar die Habeck-Pläne übertreffen – von denen aber die CDU als Koalitionspartner erst aus der Zeitung erfahren darf.

Der Ministerpräsident führt immer wieder aus, landespolitische Fehler seien im Angesicht der großen Probleme und Krisen der Welt vergleichsweise irrelevant und jedes Kabinettsmitglied hätte sowieso Gestaltungsfreiheit im eigenen Ressort. Es ist aber umgekehrt richtig: Gerade in solchen Zeiten muss eine Landesregierung handlungsfähig sein und abgestimmt handeln – und das geht nur mit dem Vertrauen der Bevölkerung.

Mit den Mitteln einer Oppositionsfraktion ist es nicht immer einfach durchzudringen. Aber wir finden dort Gehör, wo wir die Sorgen und Anliegen der Menschen konkret ansprechen. Ein Beispiel dafür war unsere Kampagne zur Zukunft der Innenstädte und des Einzelhandels. Mitglieder der Fraktion besuchten insgesamt 14 Städte in ganz Baden-Württemberg.

Im persönlichen Gespräch mit über 100 Einzelhändlern und Gastronomen, mit Kulturschaffenden und Stadtverwaltungen, mit Verbänden und Grundstückseigentümern konnten wir wichtige Erkenntnisse und Forderungen gewinnen, die wir politisch ins Parlament bringen.

Das ermutigt uns, in diesem Sinne weiter zu wirken. Wenn Sie Fragen, Probleme oder Forderungen sehen, die die Menschen im Alltag umtreiben, dann wenden Sie sich an uns. Mit Kampagnen, die ganz konkret vor Ort erlebbar sind, wollen wir auch weiterhin persönlich zugänglich sein und auf die liberale Sache aufmerksam machen.

Wir sind aktiv und handlungsfähig. Das Parlament als solches sollte es auch sein und bleiben. Wir tragen dazu durch unsere Arbeit bei und sorgen für Dynamik in den politischen Themen. Darauf können Sie sich verlassen.

Ihr Hans-Ulrich Rülke




INITIATIVE

WAHLKREISVERRINGERUNG

Im April 2022 wurde ein neues Wahlrecht beschlossen, dem die FDP-Landtagsfraktion in Teilen zugestimmt hat. Zustimmung gab es für die Umsetzung des Vorhabens, ein Zweistimmen-Wahlrecht einzuführen, um den Landtag mittels Landeslisten jünger, weiblicher und diverser zu machen sowie für die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre. Nicht gut finden wir, dass sich mit der hinzukommenden Möglichkeit des Stimmensplittings die Anzahl der Abgeordneten verdoppeln kann. Denn mehr Abgeordnete bedeuten nicht mehr Demokratie. Deshalb haben wir vergangenen Herbst einen Gesetzentwurf eingebracht, der mittels der Übernahme der Struktur der Bundestagswahlkreise, künftig aus 70 Direktmandaten nur noch 38 machen soll. So werden Überhangmandate wirksam minimiert, Steuergelder gespart und die Arbeitsfähigkeit des Parlaments erhalten. Von Sachverständigenseite wurde eine Reduktion auf ca. 40 Wahlkreise empfohlen. Dieser Empfehlung folgen wir mit einer

Reduktion auf 38 Wahlkreise nun. Zudem sieht unser Vorschlag eine „gemeindescharfe“ Aufteilung der Wahlkreise vor und die Betroffenheit aller im Landtag vertretenen Parteien, davon 10 von 18 Abgeordneten der FDP-Fraktion.

Allerdings wurde der Gesetzentwurf im März wie erwartet im Landtag abgelehnt. Deshalb hatten wir bereits vorab dem Dreikönigsparteitag im Januar vorgeschlagen, unsere Forderung umgehend auf direktdemokratischem Wege der Bevölkerung als Volksbegehren vorzulegen, sobald dies passiert. Das wurde so verabschiedet und das Volksbegehren läuft nun. Denn zur Motivlage der Ablehnung im Landtag steht zu vermuten, dass einzig die Abgeordneten der FDP bereit sind, das mit einer Rückführung der Parlamentsgröße einhergehende Risiko des Mandatsverlusts einzugehen. Wir sind der Meinung, dass der Landtag auch bei sich selbst sparen sollte, angesichts der krisenbedingten Zumutungen, die die Politik den Bürgern aufbürdet.

 [fdplandtagbw](#)

 [fdplandtagbw](#)

 [fdplandtagbw](#)



fdp-landtag-bw.de

Impressum Fraktionsbeilage

FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
 Verantwortlich: Dr. Jan Havlik (Pressesprecher)
 Anschrift: Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
 Telefon: 0711 2063-9112
 Email: post@fdp.landtag-bw.de



BILDUNGSQUALITÄT AM ABGRUND WIR FORDERN JETZT EINE DEUTLICHE TRENDWENDE!

Wer die bildungspolitischen Schlagzeilen der letzten Monate verfolgt hat, stellt schnell fest, dass es im Bildungsbereich Baden-Württembergs alles andere als rund läuft: Ein Lehrkräftemangel, der seinesgleichen sucht, immer mehr Unterrichtsausfall, eine schon zu Schuljahresbeginn leergefegte Vertretungsreserve, mangelnde Ausbildungs- und Studienreife – kurzum: Bildungsqualität am Abgrund.

Viele Bildungsrankings stellen der grün-schwarzen Bildungspolitik ein miserables Zeugnis aus. Im Dynamikranking des INSM-Bildungsmonitors 2022, der die Bildungswerte in den Bundesländern von 2013 mit den aktuellen von 2022 vergleicht, belegt Baden-Württemberg Platz 14. Im selben Ranking belegen wir bei der Schulqualität und Bildungsarmut den vorletzten Platz 15 und bei der Internationalisierung sogar den letzten Platz 16. Der IQB-Bildungstrend 2021 attestiert Baden-Württembergs Grundschulpolitik deutlich unterdurchschnittliche Ergebnisse. Es klemmt also nicht nur an einer Stelle in der grün-schwarzen Bildungspolitik – eher scheint das gesamte Bildungssystem festgefahren zu sein. Unser erst kürzlich veröffentlichtes Positionspapier „Zwölf Jahre grüne Bildungspolitik in Baden-Württemberg unter

Ministerpräsident Kretschmann“ zeigt ganz deutlich, wie es zu diesem beispiellosen Bildungsabsturz kam.

Wie reagiert die Landesregierung auf die schlechte Bildungsqualität? Ministerpräsident Winfried Kretschmann schiebt die Schuld an den miserablen Ranking-Platzierungen der Unterrichtsqualität zu – und macht damit die Lehrkräfte vor Ort verantwortlich. Dabei ist es offensichtlich, dass insbesondere der gravierende Lehrkräftemangel sowie große bildungspolitische Fehlentscheidungen der seit 2011 grün-geführten Landesregierung der Bildungsqualität in unserem Land schweren Schaden zugefügt haben.

Fakt ist: Es braucht eine zügige, deutliche Trendwende in der Bildungspolitik. Es braucht unter anderem mehr Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen, eine Abschaffung des dortigen Numerus Clausus sowie ein nachhaltiges Personalentwicklungskonzept, wie wir es seit Jahren fordern. Zudem müssen bildungspolitische Fehlentscheidungen, wie die Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung, umgehend rückgängig gemacht werden. Denn: Unser Land kann sich kein zweitklassiges Bildungssystem leisten!

DIGITALISIERUNG

IST MEHR ALS BREITBAND AUSBAU

Die Digitalpolitik der Landesregierung ist bisher zu wenig ambitioniert, unkoordiniert und ziellos. Kein Wunder, denn Digitalminister Strobl legt in Sachen Digitalisierung immer wieder die Schallplatte des Breitbandausbaus auf. Damit hat er wertvolle Zeit für echten Fortschritt verspielt.

Es braucht eine Trendwende in der IT-Sicherheitspolitik der Landesregierung. Wir brauchen eine verschlankte Cybersicherheitsarchitektur statt Kompetenzwirrwarr. Die neu geschaffene Cybersicherheitsagentur kämpft mit Fachkräftemangel, die IT-Sicherheit von LKA, LfV und Polizei ist im bundesweiten Vergleich mangelhaft.

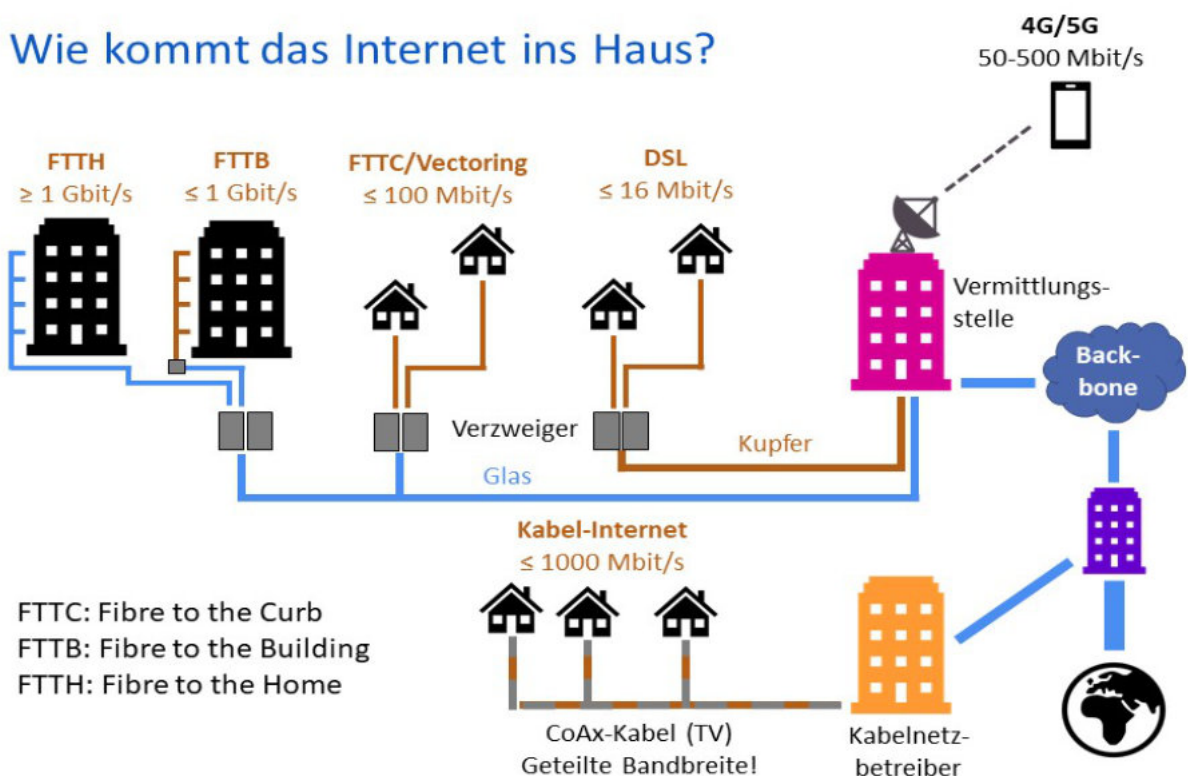
Bei einer Anhörung zur Zukunft des IT-Dienstleisters BITBW des Landes stellte sich heraus, dass das Ministerium keine Vorstellungen hat, wie die Verwaltung der Zukunft ausgestattet sein muss. Gleichzeitig lässt das Land in Sachen Verwaltungsdigitalisierung die Kommunen im Regen stehen.

Wir wollen, dass eine zentrale Dienstleistungsplattform entwickelt wird, die von den Kommunen, Bürgern und Unternehmen gleichermaßen genutzt werden kann. Nur so gelingt die flächendeckende Digitalisierung, die dringend benötigt wird. Der Fachkräftemangel, auch in der Verwaltung, macht dies dringend erforderlich, da die Aufgaben der Kommunen sonst nicht mehr bewältigt werden können.

Beim Breitbandausbau brüstet sich Minister Strobl damit, Spitzenreiter bei der Fördermittelbeantragung zu sein. Je mehr Steuergeld er aber für den Ausbau bindet, desto langsamer schreitet er voran, denn geförderter Breitbandausbau dauert bis zu dreimal so lang wie eigenwirtschaftlicher. Deshalb liegen wir bundesweit auf dem letzten Platz bei den Glasfaseranschlüssen.

Wie wir die digitale Transformation heute gestalten, wird die Zukunft prägen. Wir wollen sicherstellen, dass Baden-Württemberg die Chancen des digitalen Fortschritts ergreifen kann.

Wie kommt das Internet ins Haus?



UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ZUR POLIZEIAFFÄRE

LIBERALE AUFKLÄRUNG VON REGIERUNGSHANDELN DRINGEND NOTWENDIG



Der Innenminister bei der Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss

Seit die Vorwürfe der sexuellen Nötigung einer jungen Beamtin gegen den Inspekteur der Polizei Andreas R. im November 2021 publik wurden, hat sich im Landtag einiges getan. Im Juni 2022 wurde der Untersuchungsausschuss „Inspekteur der Polizei und Beförderungspraxis“ eingerichtet, in dem die FDP/DVP-Fraktion durch Julia Goll und Nico Weinmann vertreten ist. Er befasst sich mit dem Umgang der Landesregierung mit der Causa Andreas R., insbesondere auch mit der strafbaren Weitergabe eines Dokuments durch Innenminister Thomas Strobl (CDU). Gegen diesen wurde strafrechtlich deshalb ermittelt, das Verfahren endete mit einer hohen Geldauflage für Strobl. Ebenso ist die Beförderungspraxis in der Landespolizei Thema des Untersuchungsausschusses. Hier hat sich seit dem Jahreswechsel

durch Vernehmung hochrangiger Zeugen wie etwa Landespolizeipräsidentin Stefanie Hinz gezeigt, dass Andreas R. von Strobl als Wunschkandidat durchgesetzt wurde. Die entsprechende Benotung im Sinne der Bestenauslese hat man ihm hinterher ausgestellt, als die Entscheidung schon gefallen war. Aktuell werfen aber auch sogenannte „coaching“-Praktiken Fragen auf, bei denen hochrangige Polizeiführer aus Strobls Ministerium sich jungen Polizeibeamtinnen als Ratgeber andienen. Art und Umfang dieser obskuren Zustände, die im Fall von Andreas R. zu den Vorwürfen der sexuellen Nötigung geführt haben, sind unklar. Jüngst hat die Fraktion dazu einen Antrag mit Fragen an die Landesregierung eingebracht. Die Fraktion bleibt hier mit großem Engagement am Ball.



FORTSCHRITT, VIELFALT, FREIHEIT

ENERGIE- & KLIMAPOLITIK IN ZEITEN GLOBALER UNSICHERHEIT

Krieg, Krise und Klimawandel stellen Baden-Württemberg vor bislang ungekannte Herausforderungen. Der russische Überfall auf die Ukraine hat tiefgreifende Abhängigkeiten offengelegt und unsere Energieversorgung in eine schwere Krise gestürzt. Rund 80 Prozent unserer Energie wird gegenwärtig importiert. Rund 80 Prozent unserer Energie stammt aus Kohle, Öl und Gas. Unter Grün-Schwarz hat Baden-Württemberg die Klimaneutralität bereits für 2040 ins Auge gefasst. Schon 2030 soll der landeseigene CO₂-Ausstoß die Emissionen von 1990 um ganze 65 Prozent unterschreiten. Heute, nach über 30 Jahren Energiewende, belaufen sich die Emissionsersparungen auf kaum 20 Prozent. Einen zukunftsfähigen Plan, wie die landeseigenen Klimaziele konkret erreicht werden sollen, hat auch die dritte Regierung Kretschmann nicht vorlegen können.

Als Freie Demokraten wollen wir mehr Fortschritt wagen in Baden-Württemberg. Für uns heißt Fortschritt Vielfalt. Um die Vielfalt unserer Energieversorgung zu sichern, wollen wir die Kernenergie befristet weiternutzen und neue Verfahren nuklearer Energiegewinnung fördern. Heimisches Erdgas wollen wir erschließen, den Einsatz von Biomasse wollen wir erleichtern. Für die rund 1.000 Biogasanlagen im Land fordern wir weniger Auflagen und mehr Flexibilität beim

Stoffmix. Zugangskosten zum Gasnetz müssen effektiver gedeckelt, städtische Reststoffe effizienter verwertet werden. Wir fordern den erleichterten Einstieg in Power-to-Gas-Technologien und die gezielte Verwertung von anfallendem CO₂. Mit Landesbürgschaften wollen wir die Geothermie im Land nutzbar machen. Abwärmepotenzial wollen wir erschließen. Als Freie Demokraten fordern wir den Ausbau der heimischen Wasserstoffgewinnung und den Aufbau zukunftsfähiger Wasserstoffnetze. Um die Stromversorgung fit für die Zukunft zu machen, wollen wir wasserstofftaugliche Gaskraftwerke für Baden-Württemberg. Prognose und Planung, Bau und Betrieb neuer Kraftwerke wollen wir vereinfachen. Gas- und Wasserstoffwirtschaft müssen integral betrachtet und gemeinsam reguliert werden. Für uns heißt Fortschritt Freiheit. Einseitige Eingriffe in den Wettbewerb der Energieträger und Technologien lehnen wir ab. Bei der Wärmewende stehen wir für Wahlfreiheit. Für die Millionen Öl- und Gaskunden im Land wollen wir einen aufwandsarmen Umstieg auf klimaneutrale Brennstoffe möglich machen. Für uns ist dabei klar: Verbote verhindern Fortschritt. E-Fuels, Biomethan und Wasserstoff dürfen nicht von vornherein ausgeschlossen, Öl- und Gaskunden nicht einseitig diskriminiert werden. Wir machen, was wichtig wird – für Euch im Landtag von Baden-Württemberg.

**FREI
HEIT
BRAUCHT VERBÜNDETE.**

**Freie
Demokraten**

Landesverband
Baden-Württemberg **FDP**